Nr. 191 XXVIII. Jahrgang — Dienstag, 3. August 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Ziffern- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 30 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.25, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13525, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Bedrohung der polnischen Hauptstadt

Die Russen entwickeln gegen Polen eine erstaunliche Energie und die Polen zeigen eine ebenso auffallende Hilflosigkeit. Der Vormarsch geht immer noch unaufhaltsam weiter; daran ändern keine polnischen Dementis etwas und auch nichts die Waffenstillstandsverhandlungen. Die Russen wollen ihren Erfolg voll ausnutzen. Deutschland hat allen Grund, diese Vorgänge aufmerksam zu verfolgen, denn sie spielen sich unmittelbar an seiner Grenze ab.

Am Nordflügel haben sich in den letzten Tagen ganz nahe der ostpreußischen Grenze wichtige Kämpfe abgespielt, die die Russen in den Besitz des Mündungswinkels Bobr-Narew und anschließender wichtiger Flußabschnitte mit der ehemaligen Festung Ossowiez gebracht haben. Der Narew liegt bei Wisna nur sieben, beim nächsten wichtigen Uebergangspunkt Lomscha, den die Russen erreicht haben, nur sechs Tagemärsche von Warschau entfernt, während vom Zentrum der polnischen Front bei Brest-Litowsk noch acht bis zehn Tagemärsche nach Warschau sind. Inzwischen ist der

Vormarsch auf Warschau,

wie die folgenden Meldungen zeigen, bereits weitergegangen:

Basel, 2. August. (Eig. Drahtbericht.) Die „Nationalzeitung" meldet aus Warschau: Die polnische Nordfront ist auf Ostrow–Pultusk von neuem zurückgenommen. Damit ist die Frontlinie auf 50 Kilometer der Hauptstadt Warschau nahe gerückt.

K. Königsberg, 2. August. (Eig. Drahtbericht.) Die polnische Stadt Ostrolenka, südlich vom Kreise Ortelsburg, ist am Sonntag früh von den Russen besetzt worden. In Mlawa sind die Russen am Abend des gleichen Tages einmarschiert.

Warschau, 2. August. (Eig. Drahtbericht.) Heute oder morgen soll die Hauptstadt infolge der bedrohlichen Nähe des Feindes einen militärischen Gouverneur erhalten. Für diesen Posten ist der General Latimir in Aussicht genommen. — Das Kommando der polnischen Armee fing einen bolschewistischen Befehl auf, der der Sowjetarmee das weitere Vorrücken bis zum 5. August und die Besetzung der Gebiete bis zur Bug–San–Linie kategorisch anordnet. Im Falle der Nichterfüllung dieses Befehls werden die Sowjetführer an der polnischen Front zur Verantwortung vor das Revolutionstribunal gezogen werden.

B. Berlin, 2. August. (Eig. Drahtbericht.) Aus Königsberg wird berichtet: Im Laufe des Sonntags ist das Bild an der Grenze unverändert geblieben. Auch an der Grenze des Kreises Neidenburg sind die roten Truppen erschienen und haben die bisher polnischen Grenzwachen besetzt.

W. Wien, 2. August. (Eig. Drahtbericht.) Das „Volksblatt" meldet aus Warschau: Die Stoßrichtung der russischen Nordarmee geht nicht auf Warschau, sondern zunächst nach der Weichsel und Thorn. Ueber Mlawa schwärmen russische Kavalleriemassen nach Wloclawek, um die Bahnlinie durch den polnischen Korridor abzuschneiden.

Die Lage der Polen ist also trotz der Waffenstillstandsverhandlungen alles andre nur nicht rosig. Man kann darum wohl annehmen, daß Rußland sich nicht verblüffen läßt durch die „starken" Töne der Polen über die Waffenstillstandsbedingungen. Sowjet-Rußland hat augenblicklich das Heft in der Hand und kann den Frieden diktieren. Es wird aber nur dann wesentlich zur Beruhigung des europäischen Ostens beitragen, wenn es beweist, daß es aus den Frieden von Brest und von Versailles etwas gelernt hat. Wird es diesen Nachweis durch einen gerechten Frieden bringen? Man zweifelt vielfach daran, denn manches, was die Führer der Sowjet-Republik in letzter Zeit taten, weist darauf hin, daß auch sie von imperialistischen Ideen befangen und vom Siegerwahnsinn angekränkelt sind. Bringen sie nunmehr durch die Tat den Nachweis, daß diese Vermutungen auf falschen Auslegungen beruhen oder durch tendenziöse Berichterstattung entstanden sind, werden sie sich selbst den größten Dienst erweisen. Man wird dann an die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens mit Rußland glauben.

•

Eine Vorschlagsliste für eine polnische Sowjet-Regierung

Krakau, 2. August. (Eig. Drahtbericht.) Dem „Czas" zufolge wird aus Petersburg gemeldet, daß die bolschewistischen Regierungskreise in Moskau die Liste der künftigen Sowjetregierung in Polen bereits fertiggestellt haben. Danach sollen in die Sowjetregierung in Polen Radek, Fürstenberg, Garzecki, Kozlowsky, Larski, Marchlewsky, Dzierzynsky berufen werden. — Moskauer Regierungskreise versichern, daß der Krieg gegen Polen erst dann eingestellt werden wird, wenn in Polen eine Sowjetregierung errichtet sei.

•

Aufstand im Rücken der Roten Armee?

Warschau, 2. August. (Eig. Drahtbericht.) Nach Pressemeldungen aus Lublin sollen sich im Rücken der bolschewistischen Südfront umfangreiche ukrainische Aufstandsbewegungen zeigen. Der früher viel genannte antibolschewistische Führer Machnow soll mit größeren Freiwilligentruppen Jekaterinoslaw eingenommen und sich mit dem General Wrangel vereinigt haben.

•

Rumänischer Grenzschutz

Warschau, 2. August. (Eig. Drahtbericht.) Hier eingetroffene Nachrichten aus Bukarest besagen, daß die rumänische Regierung nach Bessarabien zur Sicherung der Landesgrenzen vor einem bolschewistischen Einfall vier Armeekorps entsandt hat. Die Russen sind in der Richtung Galatz–Braila vorgerückt.

•

Ein rumänisches Ultimatum

Das Südslawische Pressebureau meldet: Die rumänische Regierung hat an Rußland eine Note in Form eines Ultimatums mit der Forderung gerichtet, die russischen Truppen aus Bessarabien sofort zurückzuziehen. Der Sowjetregierung wurde eine dreitägige Frist gestellt. Wie verlautet, wird Rumänien die Mobilisierung anordnen.

•

Französische Truppen in Polen

Breslau, 2. August. (Eig. Drahtbericht.) Nach Aussagen polnischer verwundeter Soldaten sind bei Komno zwei Transporte schwarzer Franzosen vollständig aufgerieben worden. In Breslau ist der französische Stab mit 100 Offizieren eingetroffen.

•

Zur Hebung der polnischen Tapferkeit

Warschau, 2. August. (Eig. Drahtbericht.) Das Kriegsgericht hat für ganz Polen die Einführung der Standgerichte verfügt, denen die Aburteilung aller Vergehen, wie Desertion, Spionage, Plünderung, Ungehorsam, Meuterei und dergleichen obliegt. Als einzige Strafe ist die Todesstrafe vorgesehen. — Der diktatorische Verteidigungsrat ermächtigte den obersten Heerführer und den Generalstab, militärische Führer, die ihre Pflichten vor dem Feinde vernachlässigen, unter gleichzeitiger Verhaftung dem Kriegsgericht oder dem Ministerium zu übergeben. Das Kriegsministerium wurde angewiesen, gegen Führer, die in den Verdacht der Feigheit geraten oder Stellungen gegen den Befehl aufgegeben haben, Untersuchungen einzuleiten und ihre Verhaftung anzuordnen.

•

Truppenbewegungen in Frankreich

K. Karlsruhe, 2. August. (Eig. Drahtbericht.) Die Franzosen haben die Rheinbrücken seit Sonntag mit Artillerie besetzt. Jenseits des Rheins sind ungewöhnlich starke Truppenkonzentrierungen wahrzunehmen. Auch mit der Rheinpfalz sind Erschwerungen im Verkehr eingetreten.

Genf, 2. August. (Eig. Drahtbericht.) Havas meldet am Sonntag mittag, daß ein Verbot über Meldungen von Truppenbewegungen der alliierten Heere auf die Dauer von vier Tagen erlassen wurde.

Internationaler Sozialistenkongreß

Deutschland soll „schuldig" erklärt werden

WTB. Genf, 1. August

Die Kommission für die Verantwortlichkeitsfrage des internationalen Sozialistenkongresses nahm nach schwierigen Verhandlungen unter Vorbehalt der Zustimmung der deutschen Delegation, die noch nicht vollzählig in Genf erschienen ist, einstimmig folgende Entschließung über die Kriegsschuldfrage an:

In Erwägung, daß die deutschen Sozialdemokraten in ihrer Denkschrift über die Frage der Verantwortlichkeit anerkannt haben, daß sie den Fehler begangen haben, nicht frühzeitig und nicht energisch genug das System des Militarismus und des Imperialismus bekämpft zu haben, vor allem hinsichtlich der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, die der Kontrolle der Volksvertretung entzogen war, in weiterer Erwägung, daß die deutsche Sozialdemokratie selbst sagt, daß die deutsche Revolution zum Unglück der ganzen Welt und besonders auch des deutschen Volkes selbst um fünf Jahre zu spät gekommen sei und daß darin, daß sie nicht schon früher den Weg gebahnt habe, die Schuld liege, deren sich die deutsche Sozialdemokratie anklagen müsse, in weiterer Erwägung, daß der Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in der Kommission über die Schuldfrage die nachstehende

Erklärung

abgegeben hat:

1. Das Bismarcksche Deutschland hat, wie schon Marx und Engels erklärt haben, den Weltfrieden aufs schwerste erschüttert, indem es Elsaß-Lothringen im Jahre 1870 mit Gewalt annektiert hat. Für die deutsche Sozialdemokratie gibt es keine elsaß-lothringische Frage mehr.

2. das kaiserliche Deutschland hat ein neuerliches Verbrechen gegen das Völkerrecht begangen, als es im Jahre 1914 die Neutralität und Unabhängigkeit Belgiens verletzte,

3. das republikanische Deutschland selbst fühlt sich verpflichtet zur Wiedergutmachung für den Angriff, den das kaiserliche Deutschland ausgelöst hat, nachdem es das noch am Vorabend des Konflikts mögliche Schiedsgericht abgelehnt hatte;

nimmt der Kongreß diese Erklärung zur Kenntnis und erneuert die Erklärung der alliierten Sozialisten vom Jahre 1915, daß das kapitalistische System durch die Uebertreibung seiner Interessenpolitik und seiner Rachsucht eine der tiefsten Ursachen des Krieges ist und erklärt gleichzeitig mit denselben Ausdrücken, wie die deutsche Denkschrift, daß sein unmittelbarer Anlaß hauptsächlich, wenn auch nicht ausschließlich, bei der mit Kopflosigkeit gepaarten Gewissenlosigkeit der jetzt gestürzten deutschen und österreichischen Machthaber lag.

Der Kongreß gibt die Urheber der abscheulichen Schlächterei, die Europa und die Welt im Blut gebadet hat, dem Abscheu der Völker preis und bekräftigt seinen festen Willen, alle seine Kräfte der Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Welt zu widmen und von nun an zu kämpfen gegen die kriegerischen Mächte im Geiste und im Dienste der Internationale.

Den Verhandlungen der Kommission, die diese Entschließung einstimmig faßte, wohnte deutscherseits der Reichstagsabgeordnete Braun bei. Die Entschließung soll am Montag in einer Vollsitzung des Kongresses zur Verhandlung kommen. Für die Frage der Abrüstung hat die Kommission einen Unterausschuß gebildet.

Weiter wird aus Genf berichtet:

Huysmans eröffnete den internationalen Sozialistenkongreß Genf. An Stelle des infolge von Erkrankung am Erscheinen verhinderten Arthur Henderson und des durch dringliche Geschäfte zurückgehaltenen schwedischen Ministerpräsidenten Branting empfahl das Bureau dem Kongreß, den englischen Delegierten Shaw zum Präsidenten und den holländischen Delegierten Bilegan zum Vizepräsidenten zu wählen. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Präsident Shaw nahm hierauf das Wort zu einer längeren Ansprache, in der er der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Arbeit des Kongresses zu einem einigermaßen positiven Ergebnis führen möchte. Er schilderte die trostlose Lage der verschiedenen Staaten Europas und erklärte mit Bezug auf Rußland, aus dem er erst vor kurzem als Mitglied der englischen Delegation zurückgekehrt sei, daß in dem Gebiet der Sowjetrepublik die Bevölkerung kaum die Hälfte der ihr normalerweise zukommenden Ernährung erhalte. Shaw kam sodann auf die in der Internationale eingetretenen Gegensätze zu sprechen und erklärte, daß die Internationale den Gedanken aufgeben müsse, ein einheitliches, für alle gültiges Arbeitsprogramm in allen Ländern durchzuführen. Jedes Volk müsse seine

vollkommene Freiheit behalten in der Verwirklichung des sozialen Zieles.

Es erscheine höchste Zeit, daß die Internationale zu ihrem Wiederaufbau schreite, wobei sie sich auf gewisse Hauptpunkte beschränken müsse, da doch niemals eine Einigung aller Gruppen erzielt werden könnte. Zur Verwirklichung der sozialdemokratischen Ziele müsse er die russische Methode entschieden ablehnen. Die Zweite Internationale dürfe sich aber nicht als Feind Sowjetrußlands betrachten. Die Westmächte hätten die Haltung gegenüber Sowjetrußland bereits wesentlich geändert, wobei der Labour Party ein großes Verdienst zukomme. Der zu erwartende Abschluß eines Friedens mit Rußland werde auch den arbeitenden Klassen aller Länder zugute kommen. Redner kam sodann auf den russisch-polnischen Krieg zu sprechen und gab dabei der Ueberzeugung Ausdruck, daß der politische Vorstoß eine Folge von Abmachungen zwischen Polen und dem ukrainischen Diktator Petljura war, auf Grund deren Polen ukrainisches Gebiet in Besitz nehmen konnte. Der Präsident berührte sodann die sogenannte Verantwortlichkeitsfrage und gab der entschiedenen Meinung Ausdruck, daß die Schuldfrage nicht mehr zum Gegenstand eines Zwistes auf einem sozialistischen Kongreß gemacht werden dürfe. Redner verbreitete sich darauf über die Frage: Dektatur oder Demokratie? und sprach sich mit aller Entschiedenheit dahin aus, daß der Sozialismus auf dem Wege der Demokratie seiner Verwirklichung entgegengeführt werden müsse.

Sodann machte Generalsekretär Huysmans die Mitteilung, daß er als Generalsekretär zurücktreten gedenke und eine Verlegung des Generalsekretariats von Brüssel nach London empfehle. Die englische Partei eigne sich darum zur Uebernahme des Sekretariats, weil sie heute eine der stärksten Parteien darstelle.

Abg. Dr. Braun (Deutschland)

erklärte, daß die Deutschen sehr wohl begriffen, daß die französischen und belgischen Delegierten die Frage der Verantwortlichkeit nicht beiseite lassen wollten, aber die Deutschen seien der Meinung, daß es sehr schwierig sei, die Verantwortlichkeit am Weltkrieg festzustellen, da die Deutschen die einzigen seien, die die Akten bisher vollständig veröffentlicht hätten. Notwendig sei die Diskussion der Schuldfrage, und eine Debatte über die Angelegenheit erscheine den Deutschen für die Gestaltung der Zukunft des Proletariats erforderlich. Generalsekretär Huysmans teilte mit, daß auf Wunsch verschiedener französischer und belgischer Delegierten der Kongreß eine Resolution zur Ehre von Jaurès beschließen solle. Wenn er noch am Leben wäre, wäre er sicherlich heute zugegen und würde sicherlich für die Verwirklichung des Sozialismus durch die Demokratie eintreten. Die Versammelten erhoben sich zu Ehren Jaurès. — Die Versammlung wurde um 12½ Uhr mittags geschlossen.

Die vom Kongreß eingesetzten Kommissionen begannen ihre Arbeiten. Eine Kommission, welche die Sozialisierung und das politische System des Sozialismus zu prüfen hatte, beschloß, zwei Unterkommissionen dafür zu ernennen. In bezug auf die Sozialisierung verlangte die Kommission ihre allmähliche Durchführung und in bezug auf das politische System des Sozialismus empfiehlt sie die Anwendung der demokratischen Grundsätze bei den Industriebetrieben, d. h. Gewährung eines Einflusses der Arbeiter auf die Gestaltung der Betriebe.

Die deutsche Landwirtschaft will für baldige Behebung der Brotnot sorgen

Berlin, 2. August. (Eig. Drahtbericht.) Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft hat zur Herbeiführung einer schleunigen Ablieferung von Brotgetreide einen Aufruf an die deutschen Landwirte gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß ausreichende Ernährung die Vorbedingungen für die Erhaltung der Arbeitskraft, für den ungestörten Gang unsres Wirtschaftslebens und damit für die Sicherung von Ruhe und Ordnung sei. In der Hand der Landwirte liege es, durch möglichste Beschleunigung des Ausdruschs und der Ablieferung die bedrohliche Lage der Brotversorgung zu verbessern. Die Landwirtschaft müsse trotz der großen durch die Zusammendrängung der Ernte entstandenen Schwierigkeiten alles tun, was in ihrer Kraft liegt, um nach Möglichkeit eine Besserung unsrer Ernährungslage herbeizuführen. Von den Leistungen unsrer Landwirtschaft hänge das Schicksal unsres deutschen Volkes ab. Zum Schluß wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Landwirtschaft, wie so oft schon, auch jetzt es als eine Ehrenpflicht ansähe, dem Vaterland in der Not zu helfen.

Der Streik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier vermieden

h. Halle a. d. S., 2. August. (Eig. Drahtbericht.) Gestern Sonntag fand hier eine Versammlung der Bergarbeiter statt, an der etwa 150 Vertreter der beteiligten Bergarbeiterorganisationen und der einzelnen Belegschaften des mitteldeutschen Bergbaues teilnahmen. Vertreten waren die Kohlenreviere Halle-Weißenfels-Zeitz-Meuselwitz, Borna, Magdeburg-Kassel, Niederlausitz und Anhalt. Nach zweistündiger Aussprache wurde der Schiedsspruch vom 26. Juli fast einstimmig angenommen, nur etwa zehn Stimmen waren dagegen. Da die Arbeitgeber bereits am Freitag dem Schiedsspruch zugestimmt haben, so ist ein Streik im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau gegenstandslos geworden.

Zwangswirtschaft und kein Ende

Von H. K. Dietrich, badischem Minister und M. d. R.

(Nachdruck verboten)

Die Ernte in Deutschland hat außerordentlich früh begonnen und ist großenteils eingebracht. Voraussichtlich wird sie einen guten Ertrag liefern. Nunmehr gilt es, sie zu erfassen und unter Zuhilfenahme ausländischer Zufuhren dafür zu sorgen, daß die Brot- und Mehlversorgung des deutschen Volkes im eben beginnenden Wirtschaftsjahr besser als im vergangenen wird. Wenn in den Kreisen der Landwirtschaft vielfach Neigung besteht, auch diesen Teil der Zwangswirtschaft nicht mehr zu respektieren, so muß dem mit aller Schärfe entgegengetreten werden. Es ist richtig, die Zwangswirtschaft hat sich überlebt; auf vielen Gebieten, namentlich der Lebensmittelversorgung, ist sie tatsächlich längst aufgehoben, und es hat keinen Zweck, die Fleischbewirtschaftung, die Fett- und Oelbewirtschaftung und andres mehr aufrechtzuerhalten. Einige Bundesstaaten sind auch gesonnen, über den Kopf des Reiches hinweg zu deklarieren, daß auf diesen Gebieten die Zwangswirtschaft tatsächlich aufgehört hat. Auch die Kartoffelzwangswirtschaft wird denselben Weg gehen; alle Anzeichen sind dafür vorhanden, und sie zu entbehren, wird um so leichter sein, als die deutsche Landwirtschaft imstande ist, gerade Kartoffeln in ausreichendem Maße für die Bevölkerung zu erzeugen, sobald die Voraussetzung einer geordneten Produktion, namentlich genügend Düngemittel und Arbeitskräfte, vorhanden sind. Auf diesem Gebiet hemmt die Zwangswirtschaft die Produktion außerordentlich. Namentlich hindert sie besonders einzelne Teile Süddeutschlands in der Beschaffung brauchbarer Saatgutes. Es ist daher Zeit, daß die Reichsregierung sich endlich entschließt, die Zwangswirtschaft für Fleisch, Fett und Kartoffeln aufzuheben. Bei Fleisch und Fett liegen die Dinge zur Zeit außerdem so, daß die Zwangswirtschaft vermutlich die Verteilung verhindert. Es gilt das namentlich vom Fett, aber insofern auch vom Fleisch, als, wie der Handel neuerdings behauptet, zum Beispiel Corned Beef bei dem heutigen Kursstand zu dem halben Preise im freien Verkehr geliefert werden könnte gegenüberdem, was die Zwangswirtschaft für ihre bei schlechtem Kurs eingekauften Vorräte verlangt. Dann bleibt lediglich noch die Bewirtschaftung von Milch und Getreide. Wenn sich die Reichsregierung entschließt, ihre Tätigkeit auf diese Gebiete zu beschränken, wobei eine andre Art der Milchbewirtschaftung Platz greifen müßte, so wird sie einen Boden finden, auf dem sie sich durchsetzen kann.

Jetzt krankt die Zwangswirtschaft daran, daß sie zuviel ordnet, daß sie eine Menge Vorschriften aufrechterhält, die von dem gesamten Volk nicht mehr beachtet werden und damit entzieht die Zwangswirtschaft sich nicht nur selbst den Boden, auf dem sie steht, sondern sie ruiniert auch die Autorität des Staates. Die Demoralisation, die im Verfolg der Zwangswirtschaft durch unser Volk geht, schreit gen Himmel. Kaum ein Richter oder Staatsanwalt kann mit ruhigem Gewissen gegen Verstöße gegen die Zwangswirtschaft einschreiten, nur einige Moralfanatiker fügen sich noch restlos in die Ordnung. Wenn der Staat gesunden will, muß er seine Gesetzgebung und sein Verordnungswesen auf ein Maß zurückführen, daß die dann noch bestehenden Gesetze und Verordnungen nicht nur befolgt, sondern auch gegen jeden Widerstrebenden restlos durchgeführt werden können. Voraussetzung dafür ist in allererster Linie die Zurückführung der Lebensmittelzwangswirtschaft auf die Brotversorgung und allenfalls auf die Milch. Alles, was darüber ist, wird nicht befolgt, kann nicht durchgesetzt werden, demoralisiert die Bevölkerung, korrumpiert die Geschäftswelt und verhindert die Gesundung des Staates. Es liegt auch in der Vortäuschung, als ob noch eine geordnete Versorgung durch den Staat mit Fleisch, Fett und Kartoffeln möglich wäre, ein Volksbetrug, der in den breiten Massen die Meinung hat aufkommen lassen, es fehle bloß am guten Willen der beteiligten Staatsstellen, der Produzenten und der zuviel verbrauchenden Besitzenden, und die Not könnte erheblich gelindert werden. Sollte wider Erwarten die Reichsregierung sich immer noch nicht entschließen können, statt mit Buchstaben mit Tatsachen zu rechnen und ihre Ernährungspolitik darauf einzustellen, dann ist mit aller Sicherheit anzunehmen, daß, nachdem die erwähnten Teile der Zwangwirtschaft schon zusammengebrochen sind, in Bälde auch die Milch- und Brotversorgung nachfolgt. In der Beschränkung liegt die Kunst, auch die Staatskunst. Das gilt auch hier.

Nun wird man aber einwenden, wenn alles, bis auf Brot und Milch, freigegeben wird, dann wird der wirtschaftlich Stärkere, es gilt das natürlich auch von den Teilen der Arbeiterschaft, die besonders gut entlohnt sind, auf Kosten des Schwächeren leben; das ist zuzugeben. Es ist dem aber entgegenzuhalten, daß dieser Zustand heute schon besteht. Damit ist allerdings den Schwachen, zu denen namentlich die kleinen Rentner und Pensionäre gehören, nicht geholfen. Will man ihnen aber wirklich helfen, statt sie mit Verordnungen und Gesetzen zu füttern, so muß man Wege einschlagen, die wirklich gangbar sind. Ein solcher Weg liegt aber in der Brotversorgung. Es hat keinen Zweck, den Leuten eine Fleisch-, eine Fett- oder eine Kartoffelration zu versprechen, die man ihnen nicht liefern kann. Die Brotration ist bisher, wenn auch unter Schwierigkeiten, geliefert worden. Es gilt, sie zu erhalten, ihre Menge zu erhöhen, ihre Qualität zu verbessern. Das ist nur möglich, wenn die ganze Kraft des Staates, die ganze Macht seiner polizeilichen und richterlichen Mittel auf diese Sache konzentriert wird, wenn die Erfassung eine möglichst vollständige

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200803/1